

Alle Kinder mitnehmen – Armut bekämpfen!

Für eine inklusive und sozial gerechte Gesellschaft!

Teilhabe ist ein Menschenrecht. Wir wollen eine Gesellschaft, die nicht aussondert, sondern in der alle Menschen gleichberechtigt und selbstbestimmt ohne Barrieren miteinander leben können. Inklusion beinhaltet die Wertschätzung von Vielfalt und betrachtet die Unterschiedlichkeit der Menschen als Normalität. Eine inklusive Gesellschaft fördert die Fähigkeiten jeder und jedes Einzelnen von Beginn an.

Angesichts dessen, dass die Schere zwischen Arm und Reich in unserem Land immer weiter auseinander geht, werden derzeit Barrieren jedoch eher auf- statt abgebaut. Barrieren, die gerade auch aufgrund materieller Unterschiede entstehen und die bereits im Kindesalter beginnen – mit weitreichenden Folgen. Aufwachsen in Armut bedeutet nicht nur eine finanzielle Schlechterstellung, sondern betrifft die gesamte Lebenssituation der Betroffenen. Armut kann zu sozialer Ausgrenzung, zu einer Einschränkung von Teilhabemöglichkeiten am sozialen und kulturellen Leben führen.

Benachteiligte Kinder haben oft weitaus schlechtere Startchancen im Leben. Ihre Entwicklungschancen sind in vielerlei Hinsicht beeinträchtigt. In keinem anderen Industrieland ist die Durchlässigkeit der Gesellschaft nach oben so gering wie in Deutschland. Es kommt leider viel zu oft vor, dass aus armen Kindern auch benachteiligte Jugendliche und arme Erwachsene werden. Laut einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin im Auftrag der Heinrich Böll Stiftung schafft es weniger als ein Prozent der Kinder von ungelernten Vätern, selbst in eine leitende Angestelltenposition zu gelangen. Dagegen nehmen zwei Drittel der Kinder aus einer leitenden Angestelltenfamilie später im Berufsleben eine leitende oder hochqualifizierte Tätigkeit ein. Armut wird in vielen Fällen an die nachfolgenden Generationen weitergegeben, sie wird „vererbt“.

Für Bündnis 90/Die Grünen ist daher klar: Auf den Anfang kommt es an! Wir wollen mit Maßnahmen gegen die Verstetigung von Armut möglichst früh ansetzen, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen und Kindern aus prekären Lebensverhältnissen gerechte Bildungs- und Teilhabechancen zu ermöglichen!

Den Teufelskreis der Armut durchbrechen

Unsere Gesellschaft fällt immer weiter auseinander. JedeR sechste BrandenburgerIn ist arm oder armutsgefährdet, Tendenz steigend. Gleichzeitig wachsen die Einkommen und Vermögen einiger weniger immer weiter an: In Deutschland besitzt inzwischen 1 % der Bevölkerung ein Drittel des gesamten Nettovermögens; das ist mehr als die gesamten öffentlichen Schulden Deutschlands.

Kinder bzw. Familien mit Kindern haben nach wie vor ein höheres Armutsrisiko als der Durchschnitt der Bevölkerung: Knapp jedes fünfte Kind in Brandenburg ist armutsgefährdet. Nach den Erhebungen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg 2011 sind das 17,5 % der

Brandenburger Kinder unter 18 Jahren. Besonders häufig arm sind Kinder, die bei alleinerziehenden Eltern (35,8 %) oder in Familien mit drei und mehr Kindern aufwachsen (20,4 %). Auch junge Erwachsene im Ausbildungsalter und gering Qualifizierte sind mehr als andere von Armut bedroht (41 %). Etwa jedeR zehnte Brandenburger Jugendliche beendet die Schullaufbahn ohne Hauptschulabschluss oder Berufsbildungsreife.

Es wächst nicht nur die Kluft zwischen Arm und Reich, sondern auch das Sozialgefälle zwischen dem „Speckgürtel“ und den berlinfernen Regionen. Während in Potsdam-Mittelmark die Armutsgefährdungsquote bei nur 6,8 % liegt, beträgt sie in der Uckermark 19,2 %, in der Prignitz 21,7 % und in Frankfurt/Oder 22,6 %.

Armut hat viele Gesichter und viele Ursachen: Arbeitslosigkeit, Teilzeitarbeit, private Schicksalsschläge, Benachteiligungen aufgrund von Behinderungen oder unzureichenden Bildungschancen sind nur einige. Es wächst auch die Gruppe derjenigen, die arbeiten und dennoch arm bleiben, weil sie so wenig verdienen, dass sie davon nicht leben können, die sogenannten „Working Poor“.

Arbeitseinkommen sind ein zentraler Weg aus der Armutsfalle. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich daher konsequent auf allen Ebenen für einen gesetzlichen Mindestlohn bzw. Mindestlohnvorgaben wie beispielsweise im Vergabegesetz von 8,50 Euro ein. Zugleich muss endlich Schluss gemacht werden mit der schreienden Ungerechtigkeit, dass Frauen in Deutschland im Durchschnitt 22 % weniger als ihre männlichen Kollegen verdienen. Es braucht endlich ein Entgeltgleichheitsgesetz mit verbindlichen Regelungen und wirksamen Sanktionen sowie eine Lohnaufwertung der nach wie vor „klassischen Frauenberufe“ im sozialen Bereich.

Auch darüber hinaus muss sich an der materiellen Lage von Familien etwas ändern. Kinder sind in Deutschland nach wie vor das Armutsrisiko Nummer eins. Besonders gravierend ist die Situation bei Familien, die von Harz IV leben, bei denen das Kindergeld und Elterngeld auf die Regelsätze angerechnet werden, während gutsituierte Eltern hohe Steuerfreibeträge nutzen können und selbst kinderlose Ehen nach wie vor vom Ehegattensplitting profitieren. Bürokratische Antworten wie das Bildungs- und Teilhabepaket der Arbeitsministerin von der Leyen helfen da nicht viel weiter. Um die gesellschaftliche Isolation von Kindern in Armut aufzuheben, müssen wir sie unabhängiger von den Erwerbsbiographien ihrer Eltern machen. Dafür müssen wir die Ehe- und Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen. Die Förderung des Trauscheins unabhängig von Kindern ist überholt, wie auch von Seiten der EU-Kommission angemahnt. Wir wollen nicht die Ehe fördern, Kinder müssen im Mittelpunkt der Familienleistungen stehen. Zudem wollen wir weg von der ungerechten Familienförderung, bei der besonders gut-situierte Familien profitieren. Wir wollen eine Gesellschaft, der jedes Kind gleich viel wert ist. Innerhalb unserer Partei werben wir daher für die Kindergrundsicherung, die Kinder existenzsichernd und unabhängig von der Form und dem finanziellen Hintergrund ihrer Familie fördert. Die Kindergrundsicherung erleichtert Müttern und Vätern die finanzielle Sorge für ihr Kind und gewährleistet dessen soziokulturelle Existenzsicherung. Da dies ebenso wie die Abschmelzung des Ehegattensplittings nicht über Nacht geht, wollen wir bis dahin die Regelsätze von Kindern aus armen Familien erhöhen.

Viele Ursachen von Armut lassen sich zudem durch eine gerechtere Sozial-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkts-, Stadtplanungs-, Gesundheits- oder Bildungspolitik eindämmen. Armutsbekämpfung ist deshalb für uns Bündnisgrüne ein Querschnittsthema, das bei allen politischen Entscheidungen auf allen Ebenen – Europa, Bund, Land und Kommunen – mitbedacht werden muss.

Frühe Hilfen und Frühförderung verstärken!

Die ersten drei Lebensjahre eines Kindes sind prägend für die weitere Entwicklung. In dieser Zeit wird das Fundament für die soziale, emotionale, motorische, kognitive und sprachliche Entwicklung gelegt. Deshalb sind Maßnahmen zur Prävention, Frühe Hilfen und Frühförderung in dieser ersten Zeit besonders wichtig. Mit dem 2006 aufgelegten Programm zur Qualifizierung der Kinderschutzarbeit und der Einführung des Netzwerks Gesunde Kinder hat Brandenburg sich auf den Weg gemacht, Familien besser zu unterstützen und Kinder zu schützen, da eine Laientätigkeit die Warnzeichen der Psychopathologie oft nicht erkennt und für qualifizierte Kräfte kein Geld vorhanden ist. Doch stößt die Arbeit mit ehrenamtlichen PatInnen in vielen Fällen an ihre Grenzen. Gerade im Bereich der Frühen Hilfen und der Frühförderung wird in vielen Regionen Brandenburgs immer noch viel zu wenig getan! Frühe Hilfen wenden sich insbesondere an Familien in Problemlagen, um Risiken für die Entwicklung des Kindes frühzeitig wahrzunehmen und zu reduzieren. Neben alltagspraktischer Unterstützung wollen Frühe Hilfen einen Beitrag zur Förderung der Beziehungs- und Erziehungskompetenz von (werdenden) Müttern und Vätern leisten. Ein Willkommenschlafsack reicht dazu nicht aus.

So nimmt die Zahl von vernachlässigten oder misshandelten Kindern immer mehr zu. 2011 mussten im Land Brandenburg 1428 Jungen und Mädchen vom Jugendamt in Obhut genommen werden, weil die Eltern überfordert oder die Kinder Opfer von Misshandlungen und Missbrauch geworden waren.

Zur Verbesserung des Kinderschutzes erhält Brandenburg infolge des Bundeskinderschutzgesetzes und der „Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ in den Jahren 2012 bis 2015 vom Bund 3,5 Millionen Euro. 2012 stehen dadurch landesweit 840.000 Euro für Prävention und Frühe Hilfen zu Verfügung – nicht sehr viel, nachdem das Geld auf die Städte und Kreise umgelegt ist. Daher gilt es, diese Mittel nun gewinnbringend zu nutzen und von Seiten des Landes ggf. aufzustocken. Diese finanzielle Unterstützung aus Bundesmitteln darf auch keinesfalls dazu führen, dass künftig Geld an anderer Stelle im Sozialhaushalt des Landes, z. B. bei der Jugendarbeit, eingespart wird!

Um dies zu garantieren, fordern wir, Kinderrechte stärker in der Landesverfassung zu berücksichtigen und Maßnahmen zum Kinderschutz verbindlich in einem Landeskinderschutzgesetz zu regeln und schlagen dazu u. a. folgende Initiativen vor:

- **Kinderschutzhotline**

Eine Kinderschutzhotline, die rund um die Uhr mit erfahrenen Fachkräften besetzt ist, die Hinweise auf Kindeswohlgefährdungen aufnehmen und entsprechende angemessene Maßnahmen einleiten.

- **Begrüßungsbesuche**

Auf kommunaler Ebene sollte über die Einführung von Willkommenspaketen (inkl. Besuchen) verstärkt nachgedacht werden, um den Zugang zu Familien zu erleichtern bzw. Informationen weiterzugeben. Darüber hinaus wollen wir noch stärker die bestehenden Früherkennungsuntersuchungen (Us) im System der Frühen Hilfen nutzen. So sollte das zentrale Einlade- und Rückmeldewesen bereits ab den U4 beginnen und die Möglichkeit der aufsuchenden Hilfen von den Gesundheitsämtern stärker genutzt werden.

- **Mehr qualifizierte Beratungs-, Bildungs- und Betreuungsprogramme für Kinder und Eltern**

Das Familienzentrum der Fachhochschule Potsdam hat modellhaft gezeigt, wie Frühe Hilfen gestaltet werden können und wie erfolgreiche Arbeit aussehen kann. Die Programme reichen von der Beratung über die aufsuchende Begleitung von Familien in schwierigen Lebenslagen bis hin zu Interventionsprogrammen für hochbelastete Familien. Bereits erprobte Programme wie WiEge (Wie Elternschaft gelingt) und STEEP (Steps towards effective and enjoyable parenting) müssen fortgeführt, landesweit ausgebaut und als eigenständige Hilfeform in der Jugendhilfe etabliert werden. Zentral dabei ist, dass die Angebote nicht nach dem ersten Geburtstag eines Kindes enden, sondern Familienbegleitung bei Bedarf auch in den Folgejahren bereitgestellt wird.

- **Regionale Clearing-Stellen**

Als zentrale Anlaufstellen für Kinderschutz und frühe Hilfen wollen wir in Kooperation mit der Fachstelle Kinderschutz regionale Clearing-Stellen einrichten. Ihre Aufgabe soll die Risikoeinschätzung, die Beratung und Vermittlung von Frühen Hilfen und Qualifizierung der Akteure vor Ort sein (z. B. Familienhebammen, SozialpädagogInnen, TherapeutInnen, ÄrztInnen, MitarbeiterInnen der Jugend- und Gesundheitsämter, der Beratungsstellen, der Freien Träger, der Kitas etc.). Zentral für die praktische Umsetzung ist deshalb eine enge Vernetzung und Kooperation von Institutionen und Angeboten.

- **Fort- und Weiterbildungsprogramme für Fachkräfte**

Für alle, die in psychosozialen Arbeitsfeldern mit Säuglingen/Kleinkindern und Eltern arbeiten, müssen regelmäßige Qualifizierungs- und Fortbildungsmöglichkeiten angeboten werden.

- **Familienzentren**

Angegliedert an bestehende Einrichtungen wie z. B. die Clearingstellen, Kitas oder auch Mehrgenerationenhäuser wollen wir Familienzentren schaffen, die als zentraler Anlaufort vor Ort für Familien zu unterschiedlichen Fragen dienen und niedrigschwellige Angebote wie Schwangerschaftsberatung, Eltern-Kind-Kursen, Nachhilfe oder auch Seniorenkreise anbieten. Darüber hinaus sollten dort auch andere Aspekte wie Jobperspektiven und Schuldnerberatung integriert bzw. mit vernetzt sein. Die Idee dahinter ist, gerade in ländlicheren Regionen Familienzentren als Form des Gemeinschaftshauses des 21. Jahrhunderts zu schaffen. Das Land sollte mit Modellprojekten und Anschubfinanzierungen die Einrichtung solcher Projekte vor allem in den berlinfernen Regionen fördern.

Mit guter öffentlicher Infrastruktur für gerechte Startchancen und Teilhabe sorgen!

Die Überwindung der sozialen Blockaden von Kindern in unserer Gesellschaft ist nur möglich, wenn wir zu guten öffentlichen Institutionen für Alle kommen. Denn soziale Transfers allein können keine wirkliche Chancengleichheit garantieren. Das gilt vor allem für Bildungsfragen, aber auch für Mobilität und Kultur.

Maßnahmen der schwarz-gelben Bundesregierung, wie das 2011 in Kraft getretene Bildungs- und Teilhabepaket oder das für 2013 geplante Betreuungsgeld für Eltern, sind dafür wenig zielführend oder sogar kontraproduktiv. Das Bildungs- und Teilhabepaket wurde bisher nur von ca. 44 % der anspruchsberechtigten Familien in Anspruch genommen, denn die Beantragung der Mittel ist mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden. Es stehen aber jährlich allein für Brandenburg bis zu 50 Millionen Euro dafür zur Verfügung. Für das Betreuungsgeld sollen ab 2013 bundesweit etwa

zwei Milliarden Euro jährlich an Eltern gegeben werden, die ihre Kinder daheim betreuen, statt sie in eine Kita zu schicken.

Wir wollen stattdessen die Infrastruktur für Kinder und ihre Eltern verbessern. Deshalb ist eine bessere Ausstattung und finanzielle Entlastung der Kommunen eine wichtige Voraussetzung bündnisgrüner Sozialpolitik! Die Investitionen in die möglichst frühe Förderung und Bildung zahlen sich später aus, durch weniger Kinder mit physischen oder psychischen Problemen, durch weniger Kinder mit Förderbedarf, durch weniger Jugendliche ohne Schulabschluss und weniger Menschen, die in Armut leben oder armutsgefährdet sind! Unser Ziel ist eine sozial gerechte Gesellschaft, die allen Menschen gleiche Chancen auf gute Bildung und Partizipation ermöglicht!

Gute Rahmenbedingungen für Bildung müssen als staatliche Aufgabe von Kommunen, Ländern und auch Bund gewährleistet werden. Im Bundestag und Bundesrat setzen wir uns daher dafür ein, das Kooperationsverbot in der Bildung zu überwinden. Damit wollen wir auch den Weg zu einem neuen Ganztagsschulprogramm öffnen.

In Ergänzung zu einem gerechteren, inklusiven Bildungssystem (siehe Beschluss „Bildung ist Brandenburgs Zukunft!“) fordern wir ein eng gefächertes Betreuungs- und Unterstützungsnetz für armutsgefährdete Kinder und ihre Eltern. Diese Präventionsketten und Präventionsnetzwerke müssen möglichst früh einsetzen und von der Schwangerschaft bzw. Geburt über Krippe, Kita, Grund- und weiterführende Schule bis zur Berufsausbildung reichen.

Die Zahl von Kindern mit Auffälligkeiten im sprachlichen, motorischen oder psychosozialen Bereich ist bei den Schuleingangsuntersuchungen nach wie vor hoch. Das zeigt, dass die Förderung früher einsetzen und die Qualität der Betreuung in Krippen und Kitas weiter verbessert werden muss. Gute Kinder- und Jugendarbeit funktioniert nur mit engagiertem und qualifiziertem Personal und einem Betreuungsschlüssel, der Individualität überhaupt erlaubt. In Brandenburg ist dieser Schlüssel mit 1:6 für die Unter-Dreijährigen und 1:12 für die Drei-bis-Sechsjährigen immer noch viel zu hoch. Es sind vor allem die ErzieherInnen und LehrerInnen, die wertvolle Beziehungserfahrungen ermöglichen und benachteiligten Kindern Stabilität geben könnten. Die Übergänge zwischen den einzelnen Lebensabschnitten – Schwangerschaftsbegleitung, Krippe, Kita, Grundschule, Weiterführende Schule und beruflicher Bildung – sind oft brüchig und brauchen mehr Kontinuität. Die Schulsozialarbeit ist weiter auszubauen und die Institutionen Kita und Schule müssen besser mit der Kinder- und Jugendhilfe sowie mit lokalen PartnerInnen vernetzt werden. Um dies zu gewährleisten, bedarf es einer entsprechenden Umschichtung im Landeshaushalt.